

Schweizer Qualität für Importe

Grünen-Initiative fordert Schweizer Standards für ausländische Lebensmittel

Der Initiativtext liegt vor, Ende Mai beginnt die Unterschriftensammlung: Mit der «Fair food»-Initiative wollen die Grünen die Lebensmittelqualität zu ihrem Wahlkampfschlager machen.

VON CHRISTOF MOSER

pestizidrückstände in Getreide, Hormone in Schweinefleisch, Mäusekot in Mozzarella: Die Liste der Lebensmittelskandale wird lang und länger. Entsprechend wächst auch die Verunsicherung der Konsumenten. Im vergangenen Jahr sorgte als Rindfleisch deklariertes Pferdefleisch europaweit für Schlagzeilen. Betroffen waren auch Fertigprodukte bei Schweizer Grossverteilern.

«Die globalisierte Lebensmittelherstellung begünstigt die industrielle Massenproduktion, der Freihandel forciert den Wettbewerb um immer noch billigere Produkte», sagt die grüne Nationalrätin und Biobäuerin Maya Graf.

DIESE «SPIRALE NACH UNTEN in der Lebensmittelqualität wollen die Grünen mit ihrer «Fair food»-Initiative durchbrechen. Die Bundeskanzlei hat diese Woche den Initiativtext abgesegnet, lancieren wollen die Grünen das Volksbegehren, das der «Schweiz am Sonntag» exklusiv vorliegt, am 27. Mai.

Die Initiative will in der Bundesverfassung festschreiben, dass bei Lebensmittelimporten aus dem Ausland «gesunde, umweltfreundlich und fair hergestellte» Produkte vom Bund gezielt gefördert werden – mit Zollerleichterungen und festgeschriebenen Zielvereinbarungen für Lebensmittelindustrie und Grosshandel. Damit wollen die Grünen verhindern, dass «die guten Qualitätsstandards in der Schweiz durch Importware zunehmend unterlaufen werden», wie Graf sagt: «Der weltweite Handel mit Nahrungsmitteln braucht ökologische und soziale Leitplanken. Deshalb fordert unsere Initiative, dass Schweizer Tier-, Umwelt- und Sozialstandards in der Lebensmittelproduktion auch für Importware aus dem Ausland gelten.»

Derzeit werden rund die Hälfte aller Lebens- und Futtermittel, die in der Schweiz konsumiert und für die Tiermast verwendet werden, aus dem Ausland importiert. Dieser Anteil dürfte in den nächsten Jahren weiter steigen – paradoxerweise, weil wegen ausländischer Lebensmittelskandale die Nach-



Auch ausländische Hühner für Poulets sollen glücklich sein: Ausriess aus dem Initiativtext der Grünen (rechts), Mitinitiantin Maya Graf (unten).

KEYSTONE, EMANUEL FREUDIGER



Eidgenössische Volksinitiative "Für gesunde sowie umweltfreundlich und fair hergestellte Lebensmittel (Fair-Food-Initiative)"

Die Bundesverfassung¹ wird wie folgt geändert:

Art. 104a Lebensmittel

¹ Der Bund stärkt das Angebot an Lebensmitteln, die von guter Qualität und sicher sind und die umwelt- und ressourcenschonend, tierfreundlich und unter fairen Arbeitsbedingungen hergestellt werden. Er legt die Anforderungen an die Produktion und die Verarbeitung fest.

² Er stellt sicher, dass eingeführte landwirtschaftliche Erzeugnisse, die als Lebensmittel verwendet werden, grundsätzlich mindestens den Anforderungen nach Absatz 1 genügen; für stärker verarbeitete und zusammengesetzte Lebensmittel sowie für Futtermittel strebt er dieses Ziel an. Er begünstigt einen fairen Wettbewerb zwischen Schweizer Betrieben.

frage nach Schweizer Produkten immer mehr zunimmt und nicht gedeckt werden kann. SVP und Bauernverband haben deshalb kürzlich je eine Initiative lanciert, die den Selbstversorgungsgrad der Schweiz erhöhen sollen.

EIN ANLIEGEN, DAS AUCH bei den Grünen auf Sympathien stösst. Ihre Initiative ist als Ergänzung zu verstehen und soll auch die Lebensmittelindustrie in die Pflicht nehmen, die bei verarbeiteten Produkten oft auf Billigware setzt. So werden für Teigwaren nicht selten Eier aus ausländischen Legebatterien verwendet. Die Industrie soll verpflichtet werden, den Anteil umwelt- und tierfreundlich hergestellter Rohwaren für Fertig- und Halbfertigprodukte zu steigern. Auf Anregung der Jungen

Grünen fordert die Initiative den Bund zudem auf, «Massnahmen gegen die Lebensmittelverschwendung» zu treffen.

Den Zeitpunkt für ihre Volksinitiative haben die Grünen gut gewählt. Nicht nur, weil die Frist für die Unterschriftensammlung unmittelbar vor den eidgenössischen Wahlen 2015 abläuft und der Partei ein Wahlkampfthema garantiert. Sondern auch, weil das angestrebte Freihandelsabkommen (TTIP) zwischen EU und USA auch Auswirkungen auf die Schweiz haben wird. In Deutschland hat das Abkommen bereits eine öffentliche Debatte ausgelöst, nicht zuletzt, weil die lascheren US-Standards in der Lebensmittelproduktion die Befürchtung nähren, dass der europäische Markt mit Hormonfleisch und mit Chlor behandelten Poulets überschwemmt werden könnte.

Gripen beherrschte die Online-Abstimmungsdebatte

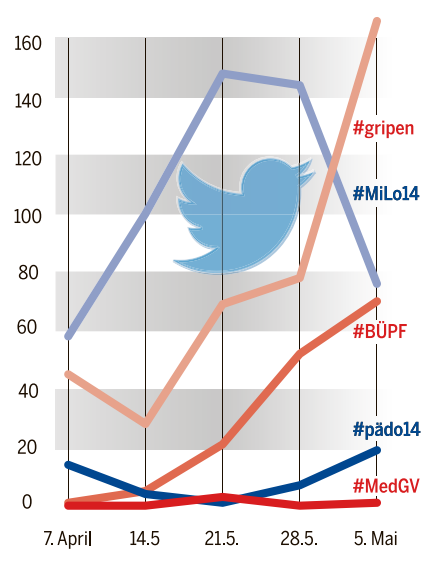
Welche Politthemen auf Twitter besonders debattiert werden

JE NÄHER der heutige Abstimmungstermin rückte, desto intensiver wurde auf Twitter die Debatte über die Beschaffung des Kampfjets Gripen geführt. Das zeigt eine von der Plattform StrategieDialog21 in Auftrag gegebene Auswertung. Noch mehr sprachen die Schweizer Twitter-User anfänglich über die Mindestlohninitiative; dieses Thema verlor aber in den vergangenen Wochen an Bedeutung. Die Analyse erfasste die Debatte über die vier Abstimmungsvorlagen anhand ausgewählter Hashtags.

Eine steigende Zahl von Nennungen erfasste die Analyse für ein Gesetz, über das noch gar nicht abgestimmt wird: das Überwachungsgesetz BüpF, das im Sommer in den Nationalrat gelangt und in der Online-Community besonders umstritten ist. Das BüpF generierte mehr Erwähnungen als die beiden anderen Abstimmungsvorlagen über die Pädophilie-Initiative und den Verfassungsartikel zur Hausarztmedizin, die beide nur wenig Resonanz fanden. Betrachtet wurde der Zeitraum vom 7. April bis 5. Mai. (RED)

ABSTIMMUNGEN AUF TWITTER

Häufigkeit der Erwähnungen der Abstimmungsvorlagen von Gripen, Mindestlohn, Fernmeldeüberwachung, Pädophilie und Hausarztmedizin



Bei Gripen-Nein: Ersatz steht bereit

Schweiz könnte rasch schon gebaute Eurofighter kaufen

VON HENRY HABEGGER

Heute entscheidet das Stimmvolk, ob die Schweiz den Gripen kauft. Falls der 3-Milliarden-Deal für 22 Flugzeuge abgelehnt wird, habe die Schweiz bald «kein Dach mehr über dem Kopf», klagten die Gripen-Befürworter – weil die F/A-18 nicht ewig flögen und ein neuer Beschaffungsprozess lange dauere.

Die Realität sieht aber anders aus. Eurofighter-Hersteller Cassidian (Airbus Group) ist bereit, der Schweiz innerhalb des aktuellen Zeitplans bis zu 32 Jets zu verkaufen. In einem Schreiben des Eurofighter-Herstellers vom letzten August an die Bundeskanzlerin Corina Casanova steht: «Unser Unternehmen steht gerne zur Verfügung, sollte sich im politischen Prozess der Beschaffung eine neue Situation ergeben.» Cassidian bietet ein «eingeführtes Flugzeug» an, das im Unterschied zum Gripen auch «keine techni-

schen Risiken mit sich bringt». Und es soll auch nicht teurer werden. Denn es geht um Gebraucht-Flugzeuge, die heute bei Luftwaffen in England, Italien und Saudi-Arabien im Einsatz sind. Sie sollen nur wenige Flugstunden aufweisen und mit Upgrades auf den neusten technischen Stand gebracht werden.

FÜR 2,2 MILLIARDEN wäre ein Gesamtpaket von 22 Jets (16 Einsitzer, 6 Zweisitzer) oder bis zu 32 Jets zu haben. Lebensdauer: 30 Jahre. Inbegriffen: Ersatzteile, Werkzeuge, Testgeräte, Simulatoren, Ausbildung für Piloten und Bodenpersonal. Kosten für Betrieb und Unterhalt nicht teurer als beim Gripen, heisst es. Die Lenk Waffen des F/A-18 könnten beim Eurofighter weiterverwendet werden. Airbus bietet zudem umfangreiche Gegengeschäfte an, Zusammenarbeit, Nutzung von Trainingseinrichtungen der Eurofighter-Partnerländer usw.

BUNDESPLATZ



Mehr Qualität und Sicherheit für Patienten: Darum will der Bundesrat ein unabhängiges Qualitätszentrum schaffen, das Gesetz dazu schicken SP-Gesundheitsminister **Alain Berset** in die Vernehmlassung. Das brauche es nicht, klagte FDP-Gesundheitspolitiker **Ignazio Cassis** in der «Basler Zeitung»: «Es gibt heute schon Institute, die solche Aufgaben übernehmen.» Dummerweise hat der Tessiner den Stein des Anstosses selbst gesetzt: «Für eine unabhängige nationale Organisation für Qualitätssicherung», hiess 2010 eine FDP-Motion, die das Parlament in der Folge als Auftrag an den Bundesrat überwies. Als FDP-Sprecher und Verfechter der Qualitätsorganisation, die er nun für überflüssig hält, trat im Rat auf: Ignazio Cassis.

Manche fragen sich, woher der abtretende SVP-Nationalrat **Christoph Blocher** den Auftrag hat, auf den er sich zu berufen pflegt. In der «Berner Zeitung» hat Alt-Bundesrat **Pascal Couchepin**, einst Blochers Gegenspieler in der Regierung, die Antwort auf diese Frage logisch hergeleitet: «Blocher sagt oft, er habe einen Auftrag. Wenn er nicht mehr gewählt ist, kommt der Auftrag jedoch nicht mehr vom Volk. Von wem dann? – Von dort wahrscheinlich.» Und Couchepin zeigte «nach oben», wie die Interviewer berichteten. Der Walliser unterliess es nicht, beizufügen: «Ich bin skeptisch, wenn Leute in der Politik aus dem Himmel einen Auftrag erhalten.»

ECHO

«**Christoph Blocher plädiert für eine Parlamentsreform. Diese müsse wohl von ausserhalb angestossen werden, sagte er zur «Schweiz am Sonntag». Am einfachsten geschehe dies über eine Salärkürzung. «Die ist unabdingbar!»**» (Berner Zeitung)

«**Mit einem sogenannten Guilty Plea könnte die CS einer Anklage und damit auch einem Strafprozess entgehen. Doch der Schritt dürfte zu Rücktritten führen, schreibt die «Schweiz am Sonntag».**» (20 Minuten)

«**Kühne+Nagel-Unternehmer Klaus Michael Kühne hegt Sympathien für die Mindestlohn-Initiative: Er könne damit (ganz gut leben), erklärte Kühne gegenüber der «Schweiz am Sonntag». Ein gewisses Mindesteinkommen für jeden Menschen sei wichtig.**» (Blick)

«**Über? C'est le service de taxi, financé par Google, qui arrivera bientôt à Genève. L'entreprise, basée à San Francisco, fait déjà rouler ses limousines à Zurich depuis avril et recherche un (General Manager Geneva) et un adjoint, comme le relevait dimanche «Schweiz am Sonntag».**» (Le Temps)